



Die Situation christlicher Minderheiten in Israel und den Palästinensischen Gebieten

Wenige Fragen im dichten Geflecht des Nahost-Konflikts sind ideologisch so umstritten wie die Frage nach der Situation von Christen in Israel und den Palästinensischen Gebieten.

1. Eine ideologisch umstrittene Frage

Zur Illustration, wie weit selbst unter den unmittelbar Betroffenen vor Ort die Einschätzungen diesbezüglich auseinanderklaffen, seien hier zwei Beispiele aus den vergangenen zwei Jahren genannt:

Erstens: Am 9. Mai 2012 äußert sich der Bethlehemener lutherische Pfarrer Mitri Raheb als Sachverständiger vor dem Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages zur Situation der Christen im Orient. Dabei behauptet Raheb, dass das Verhältnis zwischen Staat und Religion in Israel ebenso problematisch sei wie im Iran oder in Saudi-Arabien. Aus diesem problematischen Verhältnis resultiere auch eine systematische Benachteiligung der Christen in Israel. Demgegenüber benennt Raheb die unter palästinensischer Autonomieregierung stehenden Teile des Westjordanlandes ebenso wie den Libanon als Beispiele größter Religionsfreiheit im Nahen Osten.¹

Zweitens: Am 25. November 2010 nahm ich in Galiläa an der Jahrestagung des „Rates der Religionsoberhäupter in Israel“ teil. Jedes Jahr kommen in diesem Gremium 80 bis 100 leitende Vertreter der verfassten Gemeinschaften von Juden, Christen, Muslime, Drusen, Samaritanern und Bahá'í in Israel zusammen, darunter die meisten christlichen Kirchenoberhäupter des Heiligen Landes (welches Israel, Palästina und Jordanien umfasst). Die Treffen finden im Wechsel stets bei einer anderen Religionsgemeinschaft statt. Dieses Mal hatten unter dem Vorsitz des griechisch-katholischen Erzbischofs Elias Chacour die christlichen Kirchen eingeladen. In der Abschlusserklärung dieser Tagung stellt der Rat einstimmig fest, dass in Israel vollständige Religionsfreiheit gegeben sei.²

Will man diese beiden Interpretationen der Realität in ihrer Gegensätzlichkeit verstehen, so muss man sich verdeutlichen, dass die Christen, die hier jeweils sprechen bzw. deren Positionen in solche Stellungnahmen eingeflossen sind, sich nicht als eigenständige christliche Minderheit verstehen. Die (auch im Titel dieses Vortrages verwendete) Rede von einer „christlichen Minderheit in Israel und den Palästinensischen Gebieten“ ist dementsprechend eher eine Außenperspektive. Die allermeisten der offiziellen Sprecher des Christentums dieser Region verstehen sich als integraler Bestandteil ihrer jeweiligen Gesellschaft, die entweder überwiegend palästinensisch oder überwiegend israelisch geprägt ist.

Während diese unterschiedlichen Gesellschaften den jeweiligen Referenzrahmen darstellen und auch im Beziehungsgeflecht von Mehrheit und Minderheit einander zugeordnet werden können, kommen die Christen in einer solchen Betrachtungsweise als Tertium kaum in den Blick. Die allermeisten Christen des Heiligen Landes (abgesehen vielleicht von distinkten ethnischen Gruppen wie Armeniern, Kopten, Äthiopiern usw. ...) verstehen sich entweder – auf der einen Seite – dezidiert als christliche Palästinenser oder aber – auf der anderen Seite – als messianische Juden, als Teil von Israel, bzw. zumindest: als Christen an der Seite Israels. Höchst selten ist man einfach nur Christ – im Sinne einer abgrenzbaren Gruppe jenseits dieser Kategorien.

Eine derartige Positionsnahme hat durchaus historische Gründe: So ist es fester Bestandteil der jeweiligen kollektiven Erinnerung, dass es einerseits Christen waren, die von Anfang an eine führende Rolle in der Entstehung der Palästinensischen Nationalbewegung eingenommen haben³ – dass es andererseits aber ebenso Christen waren, die entscheidend zur Entwicklung der theologischen Grundlagen der modernen zionistischen Bewegung beigetragen haben.⁴

Insofern verwundert es vielleicht weniger, dass die Frage, inwieweit die volle Religionsfreiheit in Israel und den Palästinensischen Gebieten für Christen garantiert sei, in der lokalen Debatte solchermaßen isoliert kaum in den Blick kommt. Es geht den Protagonisten vor Ort gar nicht um spezielle „Christenrechte“, sondern schlicht und einfach um Menschenrechte: Wo diese in der jeweiligen Gesellschaft gegeben sind, da geht es auch den Christen gut, die integraler Teil dieser Gesellschaft sind. Wie weit die allgemeinen Menschenrechte aber in den Gesellschaften des Heiligen Landes jeweils garantiert sind, das wird unterschiedlich beurteilt, wobei es auch eine Rolle spielt, ob einer die Innen- oder die Außenperspektive auf eine dieser Gesellschaften einnimmt – ist doch die Frage der Menschenrechte eine der zentralen Streitfragen im Nahostkonflikt.

2. Christliche Wanderungsbewegungen

Schon seit vielen Jahren melden sich die warnenden Stimmen zu Wort, welche für die nähere Zukunft im Heiligen Land eine Situation von „Heiligen Stätten ohne Christen“, von einem „Museum der Christenheit“ und von „Toten Steinen ohne die Präsenz lebendiger Steine“ prognostizieren. In der Tat ist dies wohl eine tief prägende Erfahrung vor Ort: Immer wieder wandern christliche Nachbarn ab. Mein Lieblingsrestaurant hat geschlossen, mein christlicher Computerfachmann ist auch schon längst gegangen, ihre Häuser wurden von Muslimen aufgekauft. Derweil prosperieren die christlich-palästinensischen Gemeinschaften in Übersee. In Chile oder El Salvador



gibt es mehr Bethlehemer Christen als in Bethlehem selbst.

Was erstaunen mag: Die absolute Zahl der Christen im Heiligen Land nimmt durch dieses Phänomen nicht ab. In Israel wächst sie ohnehin, zum größten Teil durch Zuwanderung, und liegt heute um die 150.000 (zum Vergleich: 1967 gab es hier nach Angaben des zentralen israelischen Statistikbüros knapp 65.000 Christen) – dazu unten mehr. Aber auch in den palästinensischen Gebieten (in Ostjerusalem, der Westbank und Gaza) pendelt die absolute Zahl seit langem um die 50.000; eine signifikante Abnahme ist nicht erkennbar. Zwar ist es sehr schwer, für diese Gebiete, die sich heute zum Teil unter israelischer, zum Teil unter palästinensischer und zum Teil unter geteilter Kontrolle befinden, wirklich belastbare Zahlen zu erheben. Zum größten Teil ist man dabei auf Schätzungen der einzelnen Kirchen angewiesen. Einen Versuch, die verlässlichsten Erhebungen zusammenzutragen, unternimmt der Bethlehemer lutherische Pfarrer Mitri Raheb, der wohl keinesfalls unter dem Verdacht steht, die christlich-palästinensische Auswanderung in irgend einer Weise beschönigen zu wollen. Dabei kommt er zu folgenden Zahlen für Ostjerusalem, die Westbank und Gaza: 1961: 45.000, 1967: 42.000, 1995: 51.000, 2006: 48.000, 2008: 51.000.⁵ Diese Zahlen – insbesondere die erheblichen Schwankungen in beide Richtung – sind mit großer Vorsicht zu betrachten, da das Material aus sehr unterschiedlichen Quellen stammt. Dennoch lässt sich in aller Zurückhaltung sagen, dass von einem christlichen Aderlass wie z.B. in Syrien oder dem Irak keine Rede sein kann.

Natürlich: bei stagnierenden absoluten Zahlen sinkt der Anteil der Christen an der insgesamt wachsenden Gesamtbevölkerung und liegt derzeit in Israel wie in Palästina bei ungefähr zwei Prozent. In Relation zu Juden und Muslimen werden es tatsächlich immer weniger. Und: es sind vor allem die jungen, gut ausgebildeten Menschen, die auswandern und somit mitsamt ihrem wirtschaftlichen und geistigen Potential dem ohnehin überaus geringen natürlichen Wachstum der christlichen Gemeinschaften verloren gehen. Warum das so ist und warum das insbesondere die Christen betrifft – dazu weiter unten.

3. Die gesellschaftliche Stellung der Christen im Heiligen Land

Frage man danach, welche Stellung die Christen des Heiligen Landes in ihren jeweiligen Gesellschaften einnehmen, so ergibt sich überaus differenziertes Bild. Zunächst einmal fällt auf, dass Christen überproportional in den Schlüsselbereichen der palästinensischen Politik und Gesellschaft vertreten sind. Ein Ausdruck davon sind z.B. die festgelegten „Christen-Quoten“ in den Kommunalparlamenten palästinensischer Ortschaften ebenso wie im Palästinensischen Legislativrat (dem „Palästinenserparlament“), die in der Regel um ein Mehrfaches über dem prozentualen Anteil der Christen in der Gesellschaft liegen.

Von offizieller christlicher wie muslimischer Seite wird zudem stets eine jahrhundertlange Tradition des christlich-muslimischen Miteinanders in Palästina betont. Das Reiben der ausgestreckten Zeigefinger beider Hände aneinander ist hier ein fester Bestandteil der Körpersprache. Eine Geste, die

sagen will: „Wir sind Geschwister“.

Höchst gefährdet ist dieses Miteinander allerdings im von der Hamas regierten Gazastreifen: Eine einigermaßen gesicherte christliche Existenz ist hier nur für diejenigen möglich, die zu einer der traditionellen Konfessionen gehören und sich zudem weitgehend unter dem „Radar“ der öffentlichen Aufmerksamkeit bewegen. „Traditionelle Konfessionen“ gibt es in Gaza (ganz anders als in der viel heterogeneren Westbank oder im konfessionell überaus „bunten“ Ostjerusalem) ohnehin nur drei, auf die sich die wenigen hundert verbliebenen Christen verteilen, nämlich die griechisch-orthodoxe, die römisch-katholische („lateinische“) und die anglikanische Gemeinde. Ein von der dem eher evangelikalen Spektrum zuzuordnenden Palästinensischen Bibelgesellschaft betriebener Bibelladen in Gaza wurde hingegen 2007 von Angreifern verwüstet, sein Leiter entführt und ermordet.

Freilich gibt es Reibungen auch in den unter Palästinensischer Autonomie befindlichen Gebieten des Westjordanlandes, und oft verlaufen die Bruchlinien zwischen christlichen und muslimischen Großfamilien. Vielfach sind es Landfragen, die Anlass zum Streit bieten. Dass Christen dann unter zunehmenden Druck fortziehen und Muslime dann die Grundstücke und Häuser erwerben, ist ein verbreitetes Phänomen.

Andererseits erleben palästinensische Christen ebenso wie palästinensische Muslime den zunehmenden Druck durch israelischen Siedlungsbau und Checkpoints, die lediglich mit schwer erhältlichen Papieren passierbar sind. Als Gemeinschaft, die international besonders gut vernetzt und auf Handelsbeziehungen nach außen angewiesen ist, erfahren Christen solche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit jedoch in vielen Fällen noch einschneidender als ihre muslimischen Nachbarn.

Die unterschiedlichen Interpretationen solcher Einschränkungen klaffen weit auseinander. Eine seit langem geübte israelische Praxis ist es z.B., Christen und Muslimen aus dem Westjordanland zu ihren jeweiligen hohen religiösen Festtagen bevorzugt Passierscheine nach Jerusalem zu erteilen. Aber was ist, wenn im konkreten Fall trotz dieser Praxis Menschen an der Einreise in ihre Heilige Stadt gehindert werden – wie es in der Tat allzu oft geschieht? Während die einen in diese Fälle eine Verletzung der Religionsfreiheit beklagen, betonen die anderen das Recht des Staates Israel, sich vor möglichen Bedrohungen zu schützen (selbst wenn dies mit erheblichen Einschränkungen für viele Unbeteiligte verbunden ist), und verweisen – mit Recht – darauf, dass wohl noch nie zuvor in der Geschichte so viele Angehörige aller Religionen einen so freien Zugang zu ihren Heiligen Stätten hatten wie unter der Autorität des Staates Israel. Es wäre wohl zu kurz gegriffen, hier eine gezielte Einschränkung der Religionsfreiheit unter dem Vorwand der Sicherheit zu vermuten. Vielmehr geht es um die Frage, wie weit und unter welchen Bedingungen ganz allgemein ein elementares Recht (wie das Recht der Freizügigkeit) durch Vorgaben der Sicherheit eingeschränkt werden dürfen.

Nach außen präsentiert sich Israel als ein Staat, in dem es den Christen gut geht. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Israels, und der christliche Pilgertourismus macht daran einen Löwenanteil aus. Jahr für Jahr kommen mehr Christen als Pilger nach Israel als Juden. Entsprechend



hohiert werden die Kirchen im In- und Ausland daher vom israelischen Tourismusministerium.

Auch in Land- und Immobilienfragen stellen die Kirchen ein wichtiges wirtschaftliches Gegenüber des Staates Israel dar. Die Griechisch-Orthodoxe Kirche gilt als zweitgrößter Landbesitzer nach dem Jüdischen Nationalfonds, und wichtige öffentliche Bauten des Staates Israel stehen auf Kirchenland, welches lediglich in Erbpacht (in der Regel für 99 Jahre) erworben wurde. Die seit Jahrhunderten praktizierte steuerliche Freistellung kirchlicher Immobilien bringt ein Gemeinwesen wie z.B. die Stadt Jerusalem zuweilen an den Rand seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten. Daher verhandelt die israelische Regierung seit Jahren um ein Steuerabkommen mit dem Vatikan, welches bereits seit Anfang 2012 angeblich kurz vor der Ratifizierung steht. Je nachdem, wie gut oder wie schlecht dieses Abkommen für die eine oder die andere Seite ausfällt, besteht die Hoffnung (oder auch die Furcht), dass sich entweder möglichst alle (oder nicht allzu viele) Kirchen dieser Vereinbarung Israels mit dem Vatikan anschließen. Arabisch-christliche Staatsbürger Israels beklagen oftmals – ebenso wie ihre muslimischen Nachbarn – eine strukturelle Benachteiligung in der israelischen Gesellschaft. Diese strukturelle Benachteiligung liegt im Wesentlichen darin begründet, dass arabische Christen und Muslime (ebenso wie ultraorthodoxe Juden) vom Dienst in der israelischen Armee freigestellt sind. Viele Berufslaufbahnen in Israel eröffnen sich jedoch allein durch die informellen Netzwerke der Armee. Hier haben diejenigen, die keinen Wehrdienst geleistet haben, in der Tat schlechtere Chancen. Dennoch gibt es selbstverständlich auch unter der arabisch-christlichen Bevölkerung Israels zahlreiche Rechtsanwälte, Ingenieure, Ärzte usw.

Schließlich ist auch der Faktor eines wachsenden religiösen Fundamentalismus – vor allem in Jerusalem – zu nennen. Eher säkular geprägte Familien ziehen zunehmend aus den Stadtvierteln fort, in denen die Zahl der streng Religiösen stark wächst. Interessant ist, dass jüdische und muslimische Strenggläubige in ihren jeweiligen Ansichten über Christen einander oftmals verblüffend nah stehen: Der Vorwurf, dass Christen in der Lehre von der Trinität oder auch von den zwei Naturen Jesu Christi Dinge miteinander „vermischen“ oder einander „beigesellen“, die nicht zusammengehören – nämlich Göttliches und Menschliches – findet seinen Ausdruck im arabischen Begriff „shirq“ ebenso wie im hebräischen „shituf“. Durch eine solche ganz und gar Anstoß erregende „Vermischung“ wird – so der Vorwurf – nicht zuletzt auch das Land beschmutzt. Und dagegen wird zuweilen auch der Versuch unternommen, sich zu wehren. So kommt es dazu, dass der muslimische Ladeninhaber in der Jerusalemer Altstadt den Kassettenrekorder mit den Koransuren besonders laut aufdreht, wenn die singende Gründonnerstagsprozession der Erlöserkirche vorbeizieht. Und ebenso geschieht es, dass einzelne Juden aus dem Spektrum der Haredim (also der Frommen) vor christlichen Klerikern, die sich mit einem Kreuz an der Kleidung zu erkennen geben, ausspucken – wenn nicht gar das Kreuz selbst Ziel der Spuckattacke wird. Beides mag als eine Art „apotropäischer Ritus“ verstanden werden, um das, was die Christen da verbreiten, abzuwehren oder zu übertönen.

Der jüdischen Mehrheitsgesellschaft in Israel sind solche Angriffe auf Christen unendlich peinlich. So häufig in Jerusa-

lem vor mir ausgespuckt wurde – ebenso häufig waren auch die anschließenden Solidaritätsbekundungen jüdischer Bekannter, die durch derartige Gesten sehr unangenehm berührt waren.

Solche Beobachtungen zeigen, dass die Situation der Christen weder in der israelischen noch in der palästinensischen Gesellschaft ganz eindeutig beschreibbar ist. Eine systematische Christenverfolgung im engeren Sinne gibt es weder in Israel, noch in den besetzten Gebieten, noch in den Gebieten unter palästinensischer Autonomieverwaltung. Womöglich muss man jedoch – wie auch Mitri Raheb in seinem eingangs benannten Beitrag vorschlägt – zwischen unterschiedlichen Ebenen unterscheiden: Die staatliche Ebene (auf der alle Vorkehrungen zur Einhaltung der Menschenrechte gegenüber allen religiösen Gruppierungen getroffen sein mögen) ist etwas anderes als die Ebene der Ideologien oder des Miteinanders von gesellschaftlichen Gruppen, die von solchen Ideologien geprägt sein mögen. Die Ebene des persönlichen Empfindens ist noch einmal etwas anderes: Da mag es objektiv einleuchten, dass die Stellung der Christen in Israel wie auch in den Palästinensischen Gebieten (mit Ausnahme des Gazastreifens) unendlich viel besser ist als in den allermeisten Staaten des Nahen Ostens – und dennoch mag der einzelne Christ von einem ganz persönlichen Gefühl des Bedrängt- oder gar Verfolgt-Seins geprägt sein. Denn er erlebt ganz unmittelbar, wie der eigene Entfaltungsraum immer enger zu werden scheint und wesentliche Säulen der eigenen Gemeinschaft unter diesem Druck zerfallen. Man müsste schon einen sehr weiten Begriff von „Verfolgung“ wählen, um dieses Phänomen damit zutreffend zu bezeichnen – und wahrscheinlich wäre niemandem damit geholfen. Aber eine Form der Bedrängung ist es allemal.

4. Gründe zum Gehen – und zum Bleiben

Eine häufig geübte Praxis besteht darin, je nach eigener ideologischer Position entweder Israel oder die Palästinenserbehörde einseitig für die Auswanderung palästinensischer Christen verantwortlich zu machen. Während die einen das relative Prosperieren der christlichen Gemeinden in Israel (im Vergleich zu den palästinensischen Gebieten) als Beleg dafür anführen, dass Israel gut für Christen sei, betonen die anderen den Zusammenhang zwischen Auswanderung und israelischer Besatzung. Während die einen akribisch Belege für Übergriffe gegen Christen in den Gebieten unter palästinensischer Autonomieverwaltung sammeln, verweisen die anderen auf die solide Verankerung von Christen in den politischen und gesellschaftlichen Systemen Palästinas.

In der Tat lässt sich das komplexe Phänomen der Emigration nicht monokausal erklären. Einer palästinensischen Studie⁶ zufolge erklären über 87 Prozent der christlichen Emigranten, dass vor allem wirtschaftliche Gründe sie zu diesem Schritt geführt haben. Hinter einer solchen Äußerung können wirtschaftliche Einschränkungen aufgrund von Checkpoints, Abriegelungen, schwer erhältlicher Arbeitsgenehmigungen für Israel usw. ebenso stehen wie ein immer noch weit verbreitetes System der Korruption in der palästinensischen Wirtschaft.

Womöglich würden Muslime aus wirtschaftlichen Gründen



ebenso gerne emigrieren wie die Christen. Nur: Die Christen haben durch ihr exzellentes Privatschulsystem im Ausland einfach bessere Anschlussmöglichkeiten als Muslime. Zwar werden die palästinensischen christlichen Privatschulen in der Regel von ebenso vielen Muslimen besucht wie von Christen. Auf die Gesamtbevölkerung umgerechnet bedeutet dies jedoch, dass fast alle Christen dieses System durchlaufen haben – doch nur ein Bruchteil der Muslime. Zwar haben diese Schulen alle den Zweck, ihre Absolventen zum Aufbau ihrer Gesellschaft zu befähigen. Wie gut dies in der Tat gelingt, zeigt sich an dem hohen Anteil führender Persönlichkeiten in der palästinensischen Gesellschaft – Christen und Muslimen – die Absolventen einer christlichen Privatschule sind. Gerade weil sich solche Schulen zu einem sehr hohen Anteil an die gesellschaftliche Elite richten, sind sie zugleich aber auch ein Rezept zur Auswanderung.

Ein weiterer emigrationsfördernder Faktor ist der Mangel an Rechtssicherheit: Noch immer werden viele Rechtsstreitigkeiten in der palästinensischen Gesellschaft zwischen den Familienclans geklärt – wobei die kleineren christlichen Familien in der Regel das Nachsehen haben. Es war eine gute Initiative, dass die Bundesregierung sich entschlossen hat, die Palästinenserbehörde beim Aufbau ihrer Polizeikräfte zu unterstützen. Seit etwa fünf Jahren scheint sich ein Gewaltmonopol durchzusetzen, was zu einer verbesserten Rechtssicherheit führt und gerade auch christliche Familien zum Bleiben ermutigt. Ungelöst bleibt dadurch freilich die Frage der Rechtssicherheit hinsichtlich des Zugangs von Palästinensern zum israelischen Arbeitsmarkt, da die Zahl der erteilten Passierscheine von der israelischen Seite nach eigenen Maßgaben festgelegt wird.

Als letztes schließlich ist der zunehmende religiöse Extremismus als ein Faktor zu nennen, welcher die Auswanderung insbesondere von Christen befördert. In der oben genannten Studie geben etwa acht Prozent der christlich-palästinensischen Emigranten diesen Faktor als Grund an. Das sind deutlich weniger als diejenigen, die sich auf wirtschaftliche Gründe berufen, nämlich nur ein Zehntel davon. Dennoch weist auch diese – wenn auch kleine – Zahl auf ein real bestehendes Problem hin.

Die christliche Emigration aus dem Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan ist jedoch keine Zwangsläufigkeit. Es gibt in der Geschichte auch Beispiele für gegenläufige Trends: Um die Mitte des 18. Jahrhunderts, als der Anteil der Christen an der palästinensischen Bevölkerung schon einmal dramatisch geschrumpft war, siedelte der Lokalherrscher Dhahir al-Omar in der Region um Akko eine beeindruckende Zahl an Griechisch sprechenden orthodoxen Christen aus Zypern an, wodurch das Zahlenverhältnis zwischen Christen und Muslimen nachhaltig verändert wurde. Und dies ist nur ein Beispiel unter mehreren vergleichbaren Bevölkerungsbewegungen im 17. bis 19. Jahrhundert: „Wir haben anzunehmen, dass die Vorfahren von weit mehr als der Hälfte der Christen, die sich um 1870 in Palästina befanden, erst nach 1600 dorthin eingewandert sind.“⁷⁷ Heute ist bei keinem der Nachfahren dieser „Neueinwanderer“ mehr das Bewusstsein vorhanden, einmal später hinzugekommen zu sein. Innerhalb kürzester Zeit hatten diese Menschen die griechische Sprache abgelegt und die arabische angenommen. Ihre Nachfahren sind heute fester Bestandteil

der christlich-palästinensischen Gemeinschaft, die sich direkt auf die Jerusalemer Urgemeinde zurückführt.

Es stellt sich die Frage, ob eine solche Entwicklung exemplarisch sein kann für die Trends aus jüngster Zeit. In der Tat gibt es auch heute viele christliche Neueinwanderer in das „Heilige Land“, die sich im Wesentlichen auf drei Gruppen verteilen:

Erstens: Christliche Familienangehörige von Juden, die unter dem israelischen „Rückkehrgesetz“ in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten nach Israel eingewandert sind. Wie viele das sind – darüber lässt sich nur spekulieren. Es wird in Israel nicht gerne darüber gesprochen, dass die Einwanderung unter diesem Gesetz, welches einst als ein Schutzmechanismus für Juden aus aller Welt gedacht war, auch viele Nichtjuden ins Land gebracht hat. So verzeichnen die offiziellen statistischen Jahrbücher des Staates Israel zwischen 1989 und 1993 einen rasanten christlichen Zuwachs von 42 Prozent, um schließlich im Jahr 1997 gar zu einer absoluten Zahl von 190.000 zu gelangen. Bereits im Folgejahr wurde diese Angabe drastisch nach unten korrigiert – auf 128.000 – und hat sich nach seither kontinuierlichem Wachstum heute bei den oben genannten ca. 150.000 eingependelt.⁸ Zehntausende Menschen, die in den statistischen Jahrbüchern zunächst als Christen geführt wurden, wurden also Ende der neunziger Jahre auf andere Kategorien – insbesondere auf die neu geschaffene Kategorie „Sonstige“ – verteilt. Dies hat einen sachlichen Grund darin, dass die religiöse Zugehörigkeit der Neueinwanderer in vielen Fällen gar nicht eindeutig bestimmbar ist. Es führt jedoch auch dazu, dass die Schätzungen, wie viele Christen solcher Herkunft heute in Israel leben, erheblich schwanken. Es gibt Stimmen, die vermuten, dass die Zahl der „Russen“ unter den Christen des Heiligen Landes mittlerweile die der einheimischen palästinensischen Christen übersteigen könnte.

Zweitens: Gastarbeiter. Ebenfalls seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist die Zahl der nichtjüdischen Gastarbeiter in Israel – vornehmlich aus Asien – erheblich gestiegen. Dies hängt mit der zunehmend restriktiveren Erteilung von Arbeitsgenehmigungen und Passierscheinen an palästinensische Arbeitnehmer zusammen, die vormalig in Israel tätig waren. Ein guter Teil dieser Gastarbeiter sind Christen; zunehmend entstehen Hausgemeinden von philippinischen Dienstmädchen und chinesischen Bauarbeitern. Natürlich wird in Israel von einer Rückkehr dieser Menschen in ihre Herkunftsländer ausgegangen; mit der „Oz Unit“ des israelischen Innenministeriums wurde eigens eine Art „Immigrantenpolizei“ gegründet, die mit strengem Vorgehen für die Einhaltung der Einwanderungsgesetze Sorge tragen soll. Tatsache ist jedoch, dass angesichts der mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven in ihren Heimatländern viele dieser Zuwanderer mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, in Israel zu bleiben.

Drittens: Flüchtlinge. Israel ist die einzige Demokratie westlicher Prägung, die aus den Elendsgebieten Afrikas auf dem Fußweg erreichbar ist. Und lange Zeit war die Grenze zwischen der ägyptischen Sinai-Halbinsel und der israelischen Negev-Wüste weitgehend ungesichert. Erst Ende 2012 wurde hier ein durchgehender Grenzzaun fertiggestellt. Bis dahin hatten tausende Afrikaner Israel erreicht; viele von ihnen wussten geradezu haarsträubende Geschichten von Schleppern und Organhändlern auf der Sinai-Halbinsel zu berichten. Bei einem



guten Teil dieser Menschen handelt es sich um Christen – beispielsweise aus dem Südsudan. Nicht wenige davon hatten sich mit einer tief biblischen Exodushoffnung auf den Weg ins „Gelobte Land“ gemacht. Mittlerweile wurde der größte Teil von ihnen wieder in ihre Heimatländer abgeschoben.

Es ist unübersehbar, dass sich aus den beiden erstgenannten dieser drei Gruppen mittlerweile eine Art „neues Christentum“ des Heiligen Landes gebildet hat.⁹ Fraglich ist, ob dieses analog zu den Entwicklungen im 18. Jahrhundert zu einer „Auffrischung“ des alten, einheimischen Christentums beitragen kann. Theologisch wäre dies nicht unmöglich, ist doch die Mehrzahl der palästinensischen Christen wie der Neueinwanderer von der Orthodoxie geprägt. Faktisch wurde diese Möglichkeit von den meisten Kirchen vor Ort noch gar nicht ergriffen: Zwar hat das Griechisch-Orthodoxe Patriarchat einige Priester zur Betreuung von Neueinwanderern abgestellt; die finnische lutherische Mission in Jerusalem kümmert sich in anrührender Weise um hunderte christlicher Gastarbeiter. Generell kann man jedoch sagen, dass sich die Traditionskirchen und die Neueinwanderer relativ berührungslos gegenüberstehen. Es bildet sich ein immer unübersehbarer israelischer geprägtes Christentum neben dem schwächer werdenden palästinensischen Christentum heraus.

Umso dringender ist es, nicht allein auf die wachsenden Zahlen der Christen in Israel zu blicken, sondern weiter nach Wegen einer Stärkung des einheimischen palästinensischen Christentums zu suchen. Ein zentraler Ansatz sind die Wohnungsbauprojekte, die viele Kirchen mittlerweile in Angriff genommen haben: Gerade die jungen, gut ausgebildeten Christen gilt es im Lande zu halten. Wo diese jedoch damit konfrontiert sind, dass angesichts der politischen und demographischen Entwicklung Wohnraum immer knapper wird und junge christliche Familien kaum noch eine Chance haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden – da steigt die Auswanderungsneigung dieser Gruppe gerade in der für die weitere Entwicklung zentralen Familiengründungsphase. Etliche Kirchen des Heiligen Landes haben hier das Potential erkannt, welches sich durch ihren aus dem 19. Jahrhundert überkommenen enormen Grundbesitz bietet: Orthodoxe, katholische und protestantische Kirchen bauen an vielen Orten Wohnungen für christlich-palästinensische Familien, um diesen eine Perspektive für die Zukunft zu bieten. Dies hat direkte Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich diesen Menschen eröffnen.

Ebenso wichtig für eine positive Perspektive ist es, Religion als friedensstiftendes Moment wiederzuentdecken. Dies ist nicht selbstverständlich – allzu oft nämlich wirkt Religion eher konfliktverschärfend. In den vergangenen Monaten haben die so genannten „Preisschild-Aktionen“ extremer jüdischer Siedler weltweit Aufsehen erregt. Sie sind die wohl unappetitlichste Begleiterscheinung der Siedlerbewegung im Westjordanland. Der Grundgedanke solcher Aktionen lautet wie folgt: Wo immer die Entfaltungsmöglichkeiten der Siedler eingeschränkt werden – sei es durch linke, friedensbewegte Israelis, durch Palästinenser oder gar durch die israelische Armee und Polizei – da hat dies einen konkreten Preis (ein „Preisschild“), den ein Dritter bezahlen muss. Wer dieser Dritte ist, das ist prinzipiell nicht vorhersehbar. So kann die Verhaftung militanter jüdischer Siedleraktivisten durch das eigene Militär zur Folge

haben, dass über Nacht eine Moschee in Brand gesteckt oder eine Kirche mit anzüglichen Graffiti beschmiert wird. Weniger bekannt (und in der Presse deutlich weniger publiziert) sind die Reaktionen vieler lokaler Religionsoberhäupter auf solche Aktionen. Bereits im Jahr 2007 wurde auf Initiative des aschenasischen und des sephardischen Oberrabbinats der eingangs genannte „Rat der Religionsoberhäupter in Israel“ (Mo'etzet Reshey ha-Datot be-Israel) gegründet, welcher sich seitdem jährlich trifft und vielfältige Mechanismen der Konfliktlösung und Deeskalation entwickelt hat. Nach jeder „Preisschild-Aktion“ macht sich nunmehr eine gemischtreli-giöse Delegation von Religionsoberhäuptern aus diesem Kreis auf den Weg, um die Geschädigten zu besuchen, ihre Solidarität auszusprechen und bei der Behebung des Schadens zu helfen. In Zeiten eines zunehmenden religiösen Extremismus liegt hierin gerade auch für Christen eine Perspektive der Hoffnung, welche auch ein gewisses Gegengewicht bildet zu allen Anreizen, das Land zu verlassen.

Schließlich gilt es, das Miteinander-Leben der Religionsgemeinschaften im Heiligen Land immer wieder neu einzuüben. Die Ablehnung eines Minderheiten-Status durch Christen und die Betonung, integraler Bestandteil ihrer jeweiligen Gesellschaft zu sein, haben dabei eine Schlüsselfunktion, welche sich z.B. besonders an gemischtreli-giösen Schulen entfalten kann. Ob es die jüdisch-arabische „Hand-in-Hand-Schule“ in Jerusalem ist, die christlich-muslimische Schule „Talitha Kumi“ in Beit Jala, oder viele andere Unternehmungen dieser Art: Immer geht es darum, ein multireli-giöses Miteinander und den Respekt vor dem jeweils anderen als Normalfall einzuüben.

Ein besonders anrührendes Beispiel hierfür ist ein Unternehmen, welches bereits im Jahr 1860 in Jerusalem gegründet wurde. In diesem Jahr sammelte der schwäbische Pädagoge Johann Ludwig Schneller eine Gruppe von Waisenkindern aus dem kriegsgeschüttelten Libanongebirge und gründete mit ihnen das „Syrische Waisenhaus“ in Jerusalem. Schnell wuchs das Unternehmen zur größten karitativen Institution der Stadt heran. Kinder – vornehmlich, aber nicht ausschließlich, Waisenkinder – wurden hier unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit aufgenommen; in der Regel stammten sie aus den ärmsten Schichten der Gesellschaft. Dabei lautete das Motto (heute würde man wohl sagen: das Leitbild) Schnellers: „Dass sie in Ehren ihr Brot verdienen.“

Ein wirtschaftliches Auskommen und die Möglichkeit zu finden, einen positiven Beitrag zum eigenen Gemeinwesen zu leisten – unabhängig von der jeweiligen Religionszugehörigkeit, sowie im Respekt vor der Religion des jeweils anderen – das ist ein zentrales Anliegen der „Schneller-Schulen“ bis heute. In der Folge des Zweiten Weltkrieges und der Gründung des Staates Israel endete das Unternehmen in Jerusalem; seit den fünfziger Jahren wird es jedoch im Libanon und in Jordanien fortgeführt. Anders als in vielen anderen christlichen Privatschulen geht es dabei in den beiden Schneller-Schulen nicht um Elitebildung, sondern durchweg um benachteiligte Kinder, die hier eine Schul- wie Berufsausbildung erhalten. Wirtschaftlich ist es oft ein schmaler Grat, auf dem sich diese beiden Schulen bewegen: Als Privatschulen erhalten sie nicht die staatlichen Zuschüsse, in deren Genuss staatliche Schulen in Jordanien und im Libanon kommen. Sie können jedoch auch nicht die hohen Schulgebühren verlangen, die an anderen



christlichen Privatschulen, welche sich an eine Elite richten, üblich sind. Lehrer an den Schneller-Schulen sind in der Regel nicht gut bezahlt. Es braucht daher viel Idealismus, um hier Dienst zu tun. Die Schulen werden zudem dauerhaft auf Spenden – und somit auf viel guten Willen – von Menschen angewiesen sein, die dieses Unternehmen als zukunftssträftig erkannt haben. Meines Erachtens gibt es gar keinen anderen Weg, als ganz unten an der Basis anzusetzen, um Kinder zu gegenseitigem Respekt bzw. im Respekt vor der Religion des jeweils anderen zu erziehen.

Und schließlich noch ein Letztes – dies sei mir als Pfarrer zugestanden: Welche Zukunft unsere Geschwister an den Ursprungsorten des Christentums haben, das liegt nur äußerst begrenzt im Bereich unserer menschlichen Möglichkeiten. Manche Entwicklungen in der Vergangenheit kamen ganz unerwartet. Natürlich brauchen Christinnen und Christen im Heiligen Land unsere praktische Solidarität. Doch bei allen unseren Bemühungen liegt das, was wird, letztlich in Gottes Hand. Daher möchte ich Sie heute besonders um Ihre Gebete bitten. Denn diese Form des Füreinander-Eintretens brauchen die Menschen in Israel und in Palästina ganz besonders.

Dieser Vortrag wurde vor der Hanns-Seidel-Stiftung in München am 5.11. 2012 von Pfarrer Dr. Uwe Gräbe gehalten. Dr. Uwe Gräbe war ab Mai 2006 Propst in Jerusalem die deutschsprachige evangelische Kirche. Seit 2012 ist er Geschäftsführer des „Evangelischen Vereins für die Schneller-Schulen“, einer Einrichtung unter dem Dach der „Evangelischen Mission in Solidarität“.

- 1 Deutscher Bundestag, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Ausschussdrucksache 17(17)129, Situation der Christen und anderer religiöser Minderheiten in Nordafrika sowie im Nahen Osten. Fragenkatalog des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages für die Öffentliche Anhörung am 9. Mai 2012, Pfr. Dr. Mitri Raheb, http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a17/anhoeungen/2012-05-09_Christen/StN_Raheb.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.07.2013)
- 2 Israel Ministry of Foreign Affairs, Summary of the Annual Meeting of the Council of Religious Community Leaders, http://www.mfa.gov.il/MFA/About+the+Ministry/MFA+Spokesman/2010/Summary_council_religious_community_leaders_convention_28-Nov-2010 (zuletzt aufgerufen am 01.07.2013)
- 3 Vgl. Andreas Feldtkeller, die „Mutter der Kirchen“ im „Haus des Islam“. Gegenseitige Wahrnehmungen von arabischen Christen und Muslimen im West- und Ostjordanland, Erlangen 1998, bes. S. 339-350
- 4 Vgl. die gegenseitige Beeinflussung von christlichem und jüdischem Zionismus: Stephen Seizer, The Historical Roots of Christian Zionism from Irving to Balfour: Christian Zionism in the United Kingdom (1820-1918), in: Challenging Christian Zionism. Theology, Politics and the Israel-Palestine Conflict, edited by Naim Ateek, Cedar Duayabis, and Maurice Tobin, London 2005, S. 20-31
- 5 Palestinian Christians. Facts, Figures and Trends 2008, Published by: Diyar, Edited by: Rania Al Qass Collings, Rifat Odeh Kassis, Mitri Raheb, Bethlehem 2008, S. 7-8
- 6 The Sabeel Survey on Palestinian Christians in the West Bank and Israel. Historical Demographic Developments, Current politics and Attitudes Towards Church, Society and Human Rights, Jerusalem 2006, hier: S. 13
- 7 Feldtkeller, 309
- 8 Central Bureau of Statistics (Hg.), Statistical Abstract of Israel, Jerusalem, 48/1997 und 49/1998
- 9 Vgl. dazu auch: Catherine Dupeyron, Chrétiens en Terre Sainte. Disparition ou Mutation? Paris 2007